

## **Anträge zum Traktandum „Stellungnahmen zur aktuellen Situation“ der Regionalkonferenz Nördlich Lägern vom 17.11.2012**

---

### **Fragen klären zum Sachplanprozess**

Die Veröffentlichung des internen Nagrapapiers durch die Medien stärkt unsere Befürchtungen, dass das Sachplanverfahren so nicht zu einem möglichst sicheren Atommüllendlager führen wird. Auch das vom BfE-Direktor Walter Steinemann angekündigte Coaching der Nagra vermag nicht das dringend nötige Vertrauen wieder herzustellen, da das Verfahren in der heutigen Form weder ergebnisoffen, noch transparent ist.

Die Klärung folgender offener Punkte bedarf eine Anpassung der Prozesse innerhalb der Regionalkonferenz:

- Die ausstehenden Untersuchungsergebnisse des UVEK zu den Vorwürfen der aus dem Beirat Entsorgung und der KNS zurückgetretenen Experten Walter Wildi und Marcos Buser.
- Die noch nicht verfügbaren Ergebnisse der seismischen Untersuchungen und die damit einhergehenden unterschiedlichen Wissensstände in den Regionen.
- Die unbeantwortete Frage ob das Lager mit einer Rampe, einem Schacht oder beidem erschlossen werden soll.
- Die unbeantwortete Frage, ob die radioaktiven Abfälle nicht auch im ZWILAG umgepackt und konditioniert werden können.
- Die von der Nagra vorgeschlagenen Standortvorschläge für Oberflächenanlagen über Grundwasser.
- Die Beantwortung weiterer sicherheitstechnischer Fragen, wie die Gasentwicklung, das Rückholungskonzept und die künftige Markierung des Lagers.
- Der mangelnde Informationsfluss und die unzureichende Vergleichbarkeit der Partizipationsprozesse unter den potentiellen Standortgebieten.
- Die nicht deutlich wahrnehmbare Leitung des Prozesses durch das BFE.

Um das Vertrauen der Bevölkerung in das laufende Sachplanverfahren wieder herzustellen ist es unerlässlich, dass die Anliegen der Bevölkerung auch berücksichtigt werden. Genau hier sind bis jetzt aber noch keine Anzeichen erkennbar. Dies auch innerhalb unserer Regionalkonferenz! So entnehmen wir aus den Unterlagen der aktuellen Vollversammlung, dass bei der Festlegung und Abstimmung zum Bewertungsinstrument der Oberflächenanlagen gerade mal 12 von 51 Einwendungen berücksichtigt werden. Es sind dies vorab Anträge, welche bereits erfüllt sind, oder

ohne entscheidende Relevanz für den weiteren Verlauf des Verfahrens sind. Anträge, welche einen Einfluss auf die Sicherheit, sowie den Verfahrensverlauf haben, werden dagegen abgelehnt.

Wir stellen daher folgende Anträge:

1. Die Leitungsgruppe wird beauftragt, beim BFE zu erwirken, dass
  - a) die Regionalkonferenz über das Ergebnis der angeordneten Untersuchungen bezüglich der Rücktritte von Walter Wildi und Marcos Buser aus der Kommission für nukleare Sicherheit (KNS) und der daraus abgeleiteten Massnahmen orientiert wird.
  - b) ein Risikovergleich zu den Vor- und Nachteilen der Erschliessung der Lagerbereiche über Schächte oder Rampe unverzüglich durchgeführt wird und der Forderung der Kantone nach einen Zwischenhalt, bevor die provisorischen Sicherheitsanalysen in Etappe 2 durchgeführt werden, entsprochen wird.
  - c) die Frage geklärt ist, ob es auch mögliche Oberflächenstandorte gibt, welche nicht über dem Grundwasser angeordnet sind und die Sicherheitskriterien dennoch erfüllen.
  
2. Es werden keine Bewertung von Oberflächenstandorten durch die Fachgruppe OFA erfolgen, bis die Vollversammlung der Regionalkonferenz Lägern-Nord feststellt, dass das Vertrauen in einen ergebnisoffenen Sachplanprozess wieder hergestellt ist.

Für:

Klar!ZU - Lukas Spuhler, Regula Käser

LoTi - Astrid Andermatt, Rosi Dreier